

Abstimmung

Christoph Blocher: «Das Klimaschutzgesetz macht die Leute ärmer»



Alex Reichmuth

12. Mai 2023 um 06:00

Folgen



«Ich glaube nicht an den von Menschen gemachten Weltuntergang»: Christoph Blocher bei einem Auftritt in Brig, Januar 2023. Bild: Keystone

Herr Blocher, was stimmen Sie im Juni beim Klimaschutzgesetz?

Christoph Blocher: Selbstverständlich nein.

Liegt Ihnen das Klima denn nicht am Herzen?

Doch. Ich habe etwa in unserem Haus eine Wärmepumpe einbauen lassen, weil wir eine neue Heizung brauchten, das ist vielleicht sinnvoll. Aber die Logik der Befürworter, dass ohne dieses Gesetz die Welt zu warm wird und mit diesem Gesetz die Welt gerettet wird, ist verwerflich. Diese Logik soll dazu dienen, den Bürgern Milliarden von Kosten aufzuhalsen. Ich glaube nicht an den von Menschen gemachten Weltuntergang. Zudem wird dieses Gesetz kein bisschen dazu führen, dass die Welt weniger warm wird. Es ist zwar durchaus vernünftig, auf den Einbau von fossilen

Heizungen zu verzichten – aber nicht um jeden Preis und nicht in so kurzer Zeit. Die negativen Folgen sind beträchtlich.

Es gibt Klimaskeptiker, die bezweifeln, dass der Mensch am Klimawandel schuld sei. Gehören Sie auch zu diesen?

Nein. Aber ich frage mich, ob sich die Erde nicht auch ohne den Menschen erwärmen würde. Schliesslich gab es immer natürliche Klimaveränderungen – denken Sie an die Eiszeiten. Es ist aber für die Umwelt sicher gut, wenn man nicht zu viele Abgase erzeugt.

Ist der Klimawandel die grösste Herausforderung, der die Menschheit je gegenüberstand, wie es oft heisst?

Das ist Unsinn. Aber die Menschen meinen immer, die Zeit, in der sie leben, sei die allerwichtigste. Als ich in den 1960er-Jahren studierte, glaubten wir, die Gewässerverschmutzung sei die grösste Herausforderung. Wir befürchteten, dass man sich im Jahr 2000 am Zürichsee nur noch mit Gasmasken aufhalten kann, weil es wegen der Verschmutzung so stinkt. Bereits zwanzig Jahre später haben wir aber im Zürichsee wieder gebadet. Die Welt wird irgendwann untergehen – mit oder ohne uns.

Ist das Ziel, von fossilen Brennstoffen wegzukommen, grundsätzlich sinnvoll?

Ja, aber nicht um jeden Preis. Wenn die Vermeidung von CO₂ bedeutet, dass wir nicht mehr erträglich leben können, bin ich dagegen. Zudem macht die Erzeugung von Klimagasen in der Schweiz nur ein Promille des weltweiten Ausstosses aus. Selbst wenn wir von einem Tag auf den anderen kein CO₂ mehr produzieren, würde das niemand merken.

Die Gletscher schmelzen.

Das will ich nicht bestreiten. Aber es sei daran erinnert, dass man vor nicht so langer Zeit im Wallis gebetet hat, dass die Gletscher nicht wachsen.

«Ohne die fossilen Brennstoffe würde die Welt effektiv untergehen.»

Die Grundlage des Klimaschutzgesetzes bildet das Abkommen von Paris von 2015. Dort wurde das Netto-Null-Ziel bis 2050 festgehalten, um eine gefährliche Erderwärmung zu verhindern. War dieses Abkommen ein Meilenstein, wie immer wieder betont wird?

Das Abkommen wird überschätzt. Ich kenne die Sorgen von Ländern wie China oder Indien. Es ist schlicht nicht möglich, dass solche Länder das Klimaabkommen von Paris erfüllen. Und für diese Länder ist es auch nicht verbindlich.

Können dieses Länder das Abkommen nicht erfüllen, weil die Energieversorgung heute zu über 80 Prozent mit Kohle, Öl und Gas erfolgt?

Ja. Ohne die fossilen Brennstoffe würde die Welt effektiv untergehen. An vielen Orten gibt es schlicht keine Alternative dazu. Das weiss im Grunde jeder.

Halten Sie aber Klimaschutz grundsätzlich für sinnvoll? Oder würde man für das Geld, das er kostet, nicht besser etwas tun für die Menschheit, das effizienter wäre: etwa den Kampf gegen tödliche Infektionskrankheiten fördern oder gegen den Hunger ankämpfen?

Ich habe grundsätzlich Vorbehalte, wenn es heisst, man wolle etwas Gutes für die Menschheit tun. Vielmehr muss man dafür schauen, dass sich die Menschen selbst versorgen und sich schützen können. Heute sind wir in der Schweiz nicht vom Klimawandel bedroht, sondern durch den Mangel an Verteidigung des Landes.

Sie meinen, man soll besser Geld für die Armee als für Wärmepumpen ausgeben?

Eindeutig ja. Ob wir nun den CO₂-Ausstoss etwas schneller oder langsamer reduzieren, ist nicht so wichtig.

Pointiert gefragt: Ist es effizient, wenn wir weniger Auto fahren, damit es in Bangladesch nicht zu Überschwemmungen kommt? Oder wäre es nicht besser, dort den Bau eines Dammes zu finanzieren?

Wenn wir weniger herumfahren, nützt das den Menschen in Bangladesch nichts. Aber ich bin skeptisch, wenn es um finanzielle Hilfen für Entwicklungsländer geht. Das macht die Menschen nur abhängig.

Das gescheiterte CO₂-Gesetz setzte stark auf Abgaben, etwa beim Tanken oder beim Fliegen. Beim Klimaschutzgesetz wird nun nicht Geld genommen, sondern es wird Geld verteilt – etwa in Form von Subventionen für Wärmepumpen. Ist dieser Wechsel sinnvoll?

Nein, denn das läuft auf das Gleiche hinaus. Irgendjemand bezahlt immer. Für Subventionen müssen die Steuerzahler aufkommen. Wenn Geld verteilt wird, muss man es immer zuerst jemandem wegnehmen.

Braucht es denn überhaupt keine Klimapolitik?

Doch. Ich finde es beispielsweise sinnvoll, dass es bezüglich Umweltbelastung bestimmte Normen und Vorschriften gibt. Es ist auch gut, dass sehr schädliche Substanzen grundsätzlich verboten sind. Aber Geld umverteilen ist immer schlecht. Wenn schon, sollte man sinnvolle Forschung und Innovation fördern. Es ist zum Beispiel wichtig, die Nutzung der radioaktiven Abfälle zu erforschen. Hier liegt ein gewaltiges Potential für die Energiegewinnung. Leider wird hier zu wenig Geld investiert.

Braucht es beim Klimaschutz ökonomische Anreize, etwa in Form einer CO₂-Steuer?

Das ist zwar ein weniger schädlicher Ansatz. Aber wenn der Verzicht auf fossile Brennstoffe funktionieren soll, braucht es eine Alternative. Solange der Strom fehlt, macht die CO₂-Besteuerung keinen Sinn. Sonst können am Ende nur noch Reiche Auto fahren.

«Es braucht bezüglich der Stromversorgung eine Auslegeordnung. Es gilt, die Vor- und Nachteile aller Energiearten zu ermitteln und dann das Problem zu lösen.»

Ihre Partei spricht darum bei der Abstimmung im Juni vom «Stromfressergesetz». Es fehle der Strom, um die Dekarbonisierung zu schaffen. Aber jetzt hat das Parlament im Rahmen des Mantelerlasses beschlossen, den Ausbau erneuerbarer Energie massiv voranzutreiben. Überzeugt Sie das nicht?

Nein. Das Parlament hat einfach ein schönes Ziel beschlossen, das unrealistisch ist. Wie man dorthin kommt, ist offen. Es besteht die Gefahr, dass es für die Bevölkerung sehr teuer wird. Mit dem Klimaschutzgesetz kommen jährliche Kosten von Tausenden Franken pro Person auf uns zu.

In den Alpen sollen aber riesige Solaranlagen gebaut werden – schon in drei Jahren.

Ich bin nicht völlig gegen solche Projekte. Man soll prüfen, ob sie Sinn machen. Aber ich fürchte, dass Solaranlagen hoch in den Alpen im Winter vereisen und ausfallen.

Sie glauben also nicht an Solarstrom?

So würde ich es nicht sagen. Es gibt sicher Orte, wo Solarstrom Sinn macht – etwa im Tessin, wo die Sonneneinstrahlung hoch ist.

Beim CO₂-Gesetz vor zwei Jahren feierte die SVP einen Sieg: Die Bevölkerung sagte nein. Glauben Sie auch diesmal beim Klimaschutzgesetz an eine Überraschung?

Ausgeschlossen ist es nicht. Entscheidend ist, ob man dem Stimmvolk die gewaltigen Nachteile dieses Gesetzes vermitteln kann.

Falls die SVP gewinnt: Was müsste nach der Abstimmung geschehen?

Es bräuchte bezüglich der Stromversorgung eine Auslegeordnung. Wir haben ja schon letztes Jahr einen Stromgeneral gefordert, der eine solche Auslegung vornimmt. Es gilt, die Vor- und Nachteile aller Energiearten zu ermitteln und dann das Problem zu lösen.

Trauen Sie Ihrem Bundesrat Albert Röstli, der für die Energieversorgung zuständig ist, die Rolle des Stromgenerals nicht zu?

Ich weiss es nicht. Wichtig ist, dass Röstli die Situation in aller Ruhe analysiert und erst dann Entscheide fällt. Zu viel Eile ist schädlich.

Was bedeutet es für die Klima- und Energiepolitik der Schweiz, wenn das Referendum der SVP scheitert?

Dann werden die Leute in diesem Land ärmer.

Christoph Blocher ist alt Bundesrat (SVP), ehemaliger Nationalrat und gilt als Doyen der Volkspartei.